

Fast alle Parteien nennen Wohnungsbau als Priorität

IDEEN 58 Prozent der befragten Bürger finden, dass die Mieten zu schnell steigen. Wie wollen die Fraktionen den Markt entspannen? MZ-Redakteurin Marion Koller fragte nach.

CSU: Den Wohnungsbau mit kreativen Ideen ankurbeln

Christian Schlegl, OB-Kandidat der CSU, möchte der Wohnungsnot mit kreativen Ideen beikommen. Städtische Grundstücke sollen, wie beim Areal Nibelungenkaserne geschehen, nur an Investoren verkauft werden, wenn diese bezahlbaren Wohnraum schaffen. „Sie müssen eine Garantie für eine Mietobergrenze geben“, betont Schlegl. Derzeit entstehen auf dem Gelände der früheren Kaserne 1000 Wohnungen, die ersten bis 2015. Entlastung bringen die geplanten oder im Bau befindlichen Gebiete Candis, Marinaquartier und Ladehofstraße. Außerdem setzt Schlegl auf „intelligente Nachverdichtung“. Damit meint er Aufstockung und Erweiterung. Ein großes Potenzial vermutet der CSU-Fraktionschef in der Umwandlung leerstehender Büros und Geschäfte in Wohnungen.

SPD: Die Stadtbau zum sozialen Wohnbauunternehmen machen

OB-Kandidat Joachim Wolbergs (SPD) nennt als Hauptziel: „Ganz schnell ganz viel Bauland ausweisen und Baurecht schaffen.“ Geht es nach dem Willen der SPD, kauft die Stadt auch das Gelände der Prinz-Leopold-Kaserne und ermöglicht dort Wohnbebauung. Die vom Stadtrat beschlossene 20-Prozent-Quote sozial geförderter Wohnungen bei großen Neubauten will Wolbergs konsequent anwenden. Die Frist für die Mietkappungsgrenze – maximale Erhöhung um 15 Prozent innerhalb von drei Jahren – läuft bis 2018. „Die muss verlängert werden“, fordert Wolbergs. Die SPD will die Stadtbau „wieder zu einem sozialen Wohnungsbauunternehmen machen“ und mit mehr Kapital ausstatten.

Grüne: Die Verdrängung angestammter Mieter stoppen

Regensburg wächst jedes Jahr um 1000 bis 1500 Menschen. Das allein verpflichtete die Stadt, Baurecht für neues Wohnen zu schaffen, sagt Stadtrat Jürgen Mistol

von den Grünen. Regensburg benötige Wohnraum für untere Einkommenschichten. Der vom Stadtrat beschlossene 20-prozentige Anteil an geförderten Wohnungen sei „eine Mindestzahl“. Die Grünen wollen die Verdrängung angestammter Mieter in der Altstadt aufhalten. In der Obermünsterstraße und – nach der Bebauung des Ostermeier-Areals – auch in der Ostnerwacht müsse die Politik aufpassen, „dass die Bevölkerung rundherum bleiben kann“. Gerne sähe Mistol ein Projekt „Soziale Stadt“ rund um die Walderdorff-Straße im Kasernenviertel. Die Stadtbau wollen die Grünen „in die Lage versetzen, mehr zu bauen“.

FW: Die Stadt soll selbst kaufen, ohne dass Profiteure abschöpfen

Ludwig Artinger, Fraktionschef der Freien Wähler, fordert von der Stadt, selbst Baugebiete zu entwickeln. „Regensburg soll aufkaufen, selbst investieren und Baurecht schaffen.“ Wenn kein Bauträger dazwischengeschaltet werde, komme das Grundstück wesentlich billiger beim Bürger an, glaubt er. Die Stadtbau sei gefordert, langfristig günstige Mieten anzubieten. Sorge bereitet ihm, dass die Zahl der Sozialwohnungen sinkt. 1990 habe es über 10 500 gegeben, jetzt seien es weniger als die Hälfte. „Jährlich fallen weitere 150 aus der Sozialbindung raus, also entsteht erheblicher Druck“, sagt Artinger. Doch die Stadt müsse auch Eigenheime schaffen.

Linke: Eine Sozialquote von 30 Prozent einführen

Richard Spieß von der Fraktion „Die Linke“ prangert die Versäumnisse der Koali-

tion aus CSU und SPD im Regensburger Rathaus an, die den Investoren das Feld überlassen habe. Stattdessen solle die Stadtbau mit Geld und günstigen Grundstücken ausgestattet werden, damit sie Wohnungen für das mittlere und untere Preissegment errichte. Spieß will sich für eine Sozialquote von 30 Prozent stark machen.

FDP: Neubauten ermöglichen, Investoren unterstützen

Horst Meierhofer von der FDP hält die Sozialquote und die Mietpreiskappung für kontraproduktiv. Die Förderung der Sozialwohnungen müssten die anderen 80 Prozent der Mieter mittragen, gibt er zu bedenken. Für sinnvoller hält er es, Bedürftigen direkt unter die Arme zu greifen. Die Mietpreiskappung führe vielleicht sogar zu regelmäßigen Erhöhungen, weil die Vermieter nur noch um 15 Prozent steigern könnten. Bauen, bauen, bauen lautet Meierhofers Rezept. Investoren solle die Stadt unterstützen.

ÖDP: Anreize für den Wohnungstausch schaffen

Benedikt Suttner von der ÖDP sieht die Wohnungsnot als Kehrseite der Boomtown. Es könne aber kein unbegrenztes Wachstum auf dem Mietmarkt geben. Die ÖDP schlägt ein Programm vor, das den Wohnungstausch finanziell belohnt – als Beispiel nennt er Senioren, denen die eigene Bleibe zu groß geworden ist. Sie könnten in kleinere Wohnungen wechseln. Die ÖDP betrachtet die hohen Nebenkosten als Problem. Wärmedämmung und Energieeinsparung müssten forciert werden.

